

A N T R A G

der Abgeordneten Dr. Alexander Wolf, Thomas Reich, Dirk Nockemann, Olga Petersen, Marco Schulz, Krzysztof Walczak (AfD)

Einzelplan 3.1

Betr.: Erweiterung des Aufgabengebietes „Demokratiepädagogik“ am Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung (LI): Schaffung von zwei Referentenstellen zur Prävention gegen Linksextremismus

Weit verbreitet ist der Irrglaube, dass Linke überwiegend Gewalt gegen Sachen ausübten, während sich rechte Gewalt insbesondere gegen Personen richte. Der Vergleich politisch motivierter Gewalttaten links und rechts in Hamburg zeigt in der Anzahl der Straftaten gegen Leib und Leben und gegen Sachgüter einen jahrelangen Anstieg und ein deutliches Übergewicht im Bereich des Linksextremismus bei erfreulicherweise kontinuierlich sinkenden Deliktzahlen im Bereich des Rechtsextremismus (vgl. Drs. 21 / 12345) – und auch die durch das Landesamt für Verfassungsschutz jährlich ausgewiesenen Personenpotentiale weisen deutlich mehr – auch gewaltbereite – Linksextremisten als Rechtsextremisten auf (vgl. die Berichte ab 2015).

Diese Diskrepanz spiegelt sich bislang jedoch überhaupt nicht in der demokratiepädagogischen Bildungsarbeit der Hamburger Schulbehörde wider. Wurden in den vergangenen Jahren dutzende Fortbildungsveranstaltungen, Seminare, Vorträge und Workshops zu Themen rund um das Problemfeld „Rechtsextremismus / Rechtspopulismus / rechte Ideologie“ angeboten, fehlen vergleichende Angebote auf dem Gebiet des Linksextremismus nahezu vollständig. In den letzten drei Schuljahren fand nur eine einzige Lehrerfortbildungsveranstaltung des LI statt, die linke Gewalt thematisierte¹.

Nötig ist es aus Sicht der AfD-Fraktion, die inhaltliche und personelle Ausrichtung der Abteilung „Demokratiepädagogik“ am LI ausgewogener zu gestalten und zu besetzen. Für die erfolgreiche Umsetzung sind daher zwei zusätzliche Referenten einzustellen, die über eine wissenschaftliche Expertise auf dem Gebiet des Linksextremismus verfügen und ausgehend von einer gründlichen soziologischen, die Umstände Hamburgs berücksichtigenden Analyse, spezifische demokratiepädagogische Präventionskonzepte gegen Linksextremismus entwickeln und diese in Form von Fortbildungsveranstaltungen, Seminaren, Vorträgen und Workshops an die Hamburger Lehrkräfte vermitteln.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Senat wird ersucht,

1. Zur stärkeren Ausgewogenheit des Aufgabengebietes „Demokratiepädagogik“ am Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung zum nächstmöglichen Zeitpunkt zwei Referenten einzustellen, die demokratiepädagogische Präventi-

¹ Drs. 22/4273.

22. Wahlperiode

onskonzepte gegen Linksextremismus entwickeln und diese in Fortbildungsveranstaltungen an die Hamburger Lehrkräfte vermitteln.

2. Im Rahmen der Neueinstellungen sind die Ausgaben in der Produktgruppe 239.02 (Landesinstitut für Lehrerbildung) unter Kostenbereich 3 (Personalkosten) im Haushaltsjahr 2022 um 110.000 Euro zu erhöhen. Zur Gegenfinanzierung des Betrages in Höhe von 110.000 Euro sollen auf die Mittel der Produktgruppe 239.01 (IFBQ) zurückgegriffen werden, die p.a. in Höhe von 8,4 Mio Euro zur Verfügung stehen. Das IFBQ ist eine nachgeordnete Dienststelle der Behörde für Schule und Berufsbildung (BSB), deren Auftrag in der Erhebung, Analyse und Aufbereitung von unterschiedlichsten Daten für Zwecke des Bildungsmonitorings und der Qualitätsentwicklung liegt. Es versteht sich damit als eine Einrichtung, die wissenschaftliche Dienstleistungen im Auftrag der BSB erbringt.